

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Schriftband 2,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitung für 1919 eingetrag.

Insensitiv sollen die achtseitige, transparente oder deren Name L20 M., Wertungen das festgesetzte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leertungsschlag 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Noch keine Heimkehr aus Frankreich.

Die Gefangenentrückkehr.

Keine Heimkehr der in französischer Hand befindlichen Gefangenen vor der Ratifizierung.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Flüchtlingsfürsorge, teilt mit: Nach Erkundigungen, die die Schweizer Gesandtschaft beim französischen Ministerium des Auswärtigen eingelegt hat, sollen die in englischer und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen unverzüglich heimgeschickt werden, dagegen wird die Heimkehr der in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages zur Ausführung kommen, wobei mit den Internierten begonnen wird. Die Zivilinternierten in Frankreich werden sofort freigelassen.

Oesterreich unterzeichnet den Vertrag.

H. N. Wien, 6. September.

Der Hauptauschuss der Nationalversammlung hat an die Nationalversammlung folgenden Antrag gestellt: „Die Leitung der Friedensdelegation wird beauftragt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.“ Präsident Renner wird mit der Begründung des Antrages eine Vermehrung beschließen. Die zweite Sitzung der Nationalversammlung wird morgen stattfinden. In der Debatte werden Renner aller Parteien zu Worte kommen. Auch Renner aller abzutretenden Parteien werden sprechen. Die Mehrheit für die Genehmigung des Vertrages ist gesichert.

N. H. Wien, 6. September.

Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Ententestaaten haben dem Deutschen Reich zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Radebecker Forderung nach Abgabe einer besondern Erklärung erteilt, die folgenden Befehl: Die österreichische Regierung wird aufgefordert, im Falle eines gegenwärtigen Verlangens der Regierung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens auch weiterhin die Gen., Aus- und Durchfuhr aller Artikel zwischen Oesterreich und Ungarn wirksam unterliegen und dieses Verbot bis zum Zeitpunkt der formellen Annahme der von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgelegten Friedensbedingungen durch die ungarische Regierung aufrechterhalten.

Der Arbeiterdreibund und die direkte Aktion.

London, 5. September.

Der Arbeiterdreibund hat eine Entschliessung angenommen, in der er sich für die Verschärfung der Aktion über die Frage der direkten Aktion bis zu dem nächsten Woche erscheinenden Zusammentritt des Gewerkschaftskongresses in London, ausdrückt. Die direkte Aktion bezweckt, die Regierung zu zwingen, die Dienstpflicht aufzuheben und die britischen Truppen aus Russland zurückzuführen.

Was uns erwartet.

Wie die Presse mitteilt, ist das Reichsministerium des Innern gegenwärtig mit der Bearbeitung einer ganzen Reihe von Gesetzesvorlagen beschäftigt. Wir entnehmen dieser Ankündigung, daß neue Vorschriften über das Einbringen der bewaffneten Macht geplant sind. Ferner Änderungen der bestehenden Verordnungen über die Freizügigkeit und ein Gesetz über die Annahmen öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel.

Bekanntlich ist durch die Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November auch die völlige Versammlungsfreiheit eingeführt worden, eine Bestimmung, die freilich nicht verhindert hat, daß durch die Verkündung des Verordnungsstandes in Wirklichkeit seit Monaten eine stärkere Versammlungsfreiheit eibei besteht als früher. Die Ankündigung, daß jetzt ein Gesetzesentwurf vorbereitet wird, der die Annahme von Beschränkungen der Versammlungsfreiheit geplant ist, anders gedeutet werden, als daß nun durch Gesetz eine neue Beschränkung der Versammlungsfreiheit geplant ist. Es geht nicht von den Bestimmungen über die Freizügigkeit. Auch hier deutet das Vorgehen der Regierung an, daß die Freizügigkeit zu den Rechten der Staatsbürger gehören soll, die aufgehoben werden zu können.

Zur Bewältigung dieses großen Programms, so wird mitgeteilt, ist dem Reichsministerium des Innern eine eigene Abteilung III für „kulturlit. Maßnahmen“ unter Leitung des Unterstaatssekretärs Schulz gebildet worden. Einschränkung der Freizügigkeit, Abschaffung der Versammlungsfreiheit — kulturpolitische Maßnahmen! Herr Heinrich Schulz, der ehemalige Sozialdemokrat, darf getrost ausrufen: Ich habe es herrlich weit gebracht!

Das Zentrum gegen die Gewalt Herrschaft in Oberschlesien.

Vor einigen Tagen haben in Schlesien, auf Veranlassung des Herrn Göring, Besprechungen mit Vertretern der politischen Parteien stattgefunden, die sich mit der Lage in Oberschlesien befaßten. In einer Versammlung in Breslau wurde von der Zentrumspartei darauf hingewiesen, daß eine Politik der Vertreibung und Verschönerung notwendig sei. Die weitere Haltung des Zentrums wurde davon abhängig gemacht, daß sofort ausreichende Gewähr in persönlicher und sachlicher Hinsicht dafür geboten werde, daß man einen neuen Kurs des Vertrauens in Oberschlesien einleite.

Diese Rundgebung des Zentrums bedeutet eine Abgabe an die von Herrn Göring unter der Billigung der Regierung aufgerichtete Gewalt Herrschaft in Oberschlesien. Sie ist zugleich eine Bloßstellung der Zentrumsmitglieder in der Regierung, die bisher keinen Widerspruch gegen die Politik in Oberschlesien erhoben haben. Das schlesische Zentrum läßt sich bei dieser Schwärzung freilich nur von Rücksichten auf die eigene Partei bewegen. Es weiß, daß es immer mehr von seinem Ansehen an die polnische Demagogie abgeben muß, wenn der Gewaltpolitik in Oberschlesien nicht bald ein Ende gemacht wird.

Die Kartoffelbewirtschaftung aufrechterhalten.

Das Reichsernährungsministerium erläßt unter dem 4. September die Verordnung für Bewirtschaftung der Kartoffeln im laufenden Wirtschaftsjahr. Die wesentlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen, insbesondere die Vorschriften über Sicherstellung und Lieferung sind aufrechterhalten, da bei Freigabe des Handels erhebliche Preissteigerungen und in deren Folge Lohnkämpfe und Unruhen unausbleiblich erscheinen. Die gesamte Ernte mit Ausnahme der Selbstverbraucher- und Wirtschaftsmengen ist wie bislang sicherzustellen. Die Wochenernte beträgt sieben Pfund, dazu für November bis Januar zwei Pfund Zulage. Die unmittelbare Eindeckung auf Bezugschein ist wesentlich erleichtert. An Saatgut sind 10 Sester je Morgen zugelassen. Festsetzung der Saatgutpreise bleibt nach Maßgabe des Generalausfalles vorbehalten.

Ein Versuchsballon.

Die Gefährdung der Brotversorgung ist entstanden durch den Preisrückgang der Landwirte, die unter allen Umständen durch eine weitgehende Erhöhung der Getreidepreise durchsetzen wollen. Mit allen Mitteln suchen sie jetzt die Öffentlichkeit zu beeinflussen und ihr einzureden, daß nur diese Erhöhung der Preise die Gefährdung der Brotversorgung unmöglich mache. So bezeichnen sie bereits die Presse, in der Mitteilungen erscheinen, daß eine Erhöhung der Preise schon beschlossen sei. Sie wollen damit erreichen, daß außer der Druckschämung noch eine weitere Preissteigerung gewährt wird und daß die Öffentlichkeit sich an diesen Gedanken rechtzeitig gewöhnt. Das Reichsernährungsamt verweist darauf, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspricht. Wir hätten lieber gesehen, daß das Reichsernährungsministerium erklärt hätte, daß es nicht daran denke, eine solche Preissteigerung zu bewilligen oder auch nur die Druckschämung über den 15. Oktober hinaus zu verlängern. Eine solche Mitteilung ist dringend erforderlich, ohne sie werden die Landwirte sich weiter der Hoffnung hingeben, daß ihre finanziellen Forderungen erfüllt werden. Wer aber die Lebenslage der Arbeiter nicht aufs härteste gefährden und das Wirtschaftsleben vor neuen schweren Erschütterungen bewahren will, muß dem Verlangen der Landwirte aufs allerentschiedenste entgegenreten.

Gewerkschafts-demokratie oder Beamten diktatur.

Die Tatsache, daß die Arbeitermassen immer mehr die Roskepartei verlassen haben, und heute der Führung der Unabhängigen Sozialdemokratie folgen, läßt ihre Rückwirkung natürlich auf alle Arbeiterorganisationen. Nicht zuletzt auf die Gewerkschaften. Es ist selbstverständlich, daß die Mitglieder das Recht haben, ihre Anschauungen über die Aufgaben des proletarischen Kampfes auch innerhalb der Gewerkschaften zu vertreten, und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Leitungen der Gewerkschaften diesen Anschauungen Rechnung tragen. Das erfordert natürlich die Besetzung wichtiger leitender Stellen mit solchen Gewerkschaftsmitgliedern, deren Ueberzeugung denen der Majorität der Mitglieder entspricht.

Dieser Sachverhalt ist absolut klar und entspricht den Prinzipien, auf denen alle modernen Gewerkschaften aufgebaut sind. Sie alle beruhen auf dem völlig freien Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder über die Leitung, und die Mitglieder können diese Leitung wählen, ohne verpflichtet zu sein, darüber irgendwelche Rechenschaft abzulegen, oder sich an irgendwelche Einschränkungen, die in den Statuten nirgendwo vorgesehen sind, zu halten.

Aber dieser klare Sachverhalt ist den Leitungen vieler Gewerkschaften außerordentlich unangenehm. Sie sind nun einmal mit den Anschauungen ihrer Mitglieder nicht zufrieden und möchten gern die Gewerkschaften so wie bisher weiter leiten. Sie sind dabei gewöhnt, diese Leitung in einem selbstherrlichen Sinn auszuüben, und sie hatten früher die Erfahrung gemacht, daß ihnen die oppositionelle Bewegung nicht besonders gefährlich war. Jetzt nehmen aber die Dinge eine andere Wendung, und es scheint, daß die Herren in den Gewerkschaftsleitungen sich einbilden, daß das Recht der Mitglieder vor ihren Personen haltzumachen habe. Seit Monaten führen sie eine Kampagne gegen die Opposition und schreiben über politische Maßregelung, sobald sich die Mitglieder Vertrauensmänner wählen, die den Herren Vorständen nicht genehm sind.

Wir wollen gar nicht davon sprechen, daß die Mitglieder sehr viel Grund hätten, auch von rein politischen Gesichtspunkten aus einen gründlichen Wechsel der Führer der Gewerkschaftsbewegung vorzunehmen. Denn diese Herren haben eine sehr ausgebrochene Politik sowohl während des Krieges als nach der Revolution getrieben. Sie waren die Träger der Durchhaltepolitik, sie haben die gewerkschaftlichen Organisationen im Einvernehmen mit der Regierung ganz und gar in den Dienst der Kriegspolitik gestellt, sie haben nach der Revolution schon durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaften eine kapitalistisch-konservative, statt einer sozialrevolutionären Politik unterstützt. Wenn die Mitglieder dies alles für schwere Verfehlungen ihrer Leitung halten, so sind sie absolut berechtigt, sich andere Führer zu wählen. Der Posten eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes ist kein lebenslänglicher, sondern wird ausschließlich nach dem Vertrauen der Mitglieder besetzt. Und wodurch immer dieses Vertrauen erschüttert ist, die Mitglieder haben das Recht, nach ihrem völlig freien Ermessen zu wählen.

Aber es handelt sich gar nicht etwa bloß um politische Fragen, sondern auch um die Probleme rein gewerkschaftlicher Natur, bei denen die Anschauungen der Mitglieder und der Leitungen auseinandergehen. Das zwingt die Mitglieder, soweit es nötig ist, für einen Wechsel in den Leitungen zu sorgen. Die Kräfte der Arbeitsgemeinschaft, die des Verhältnisses der Gewerkschafts- zur Räteorganisation, das Verhalten bei Streiks, der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen sind heute alle mehr oder weniger umstritten. Ganz gleich, welche Politik man für die richtige hält, das Recht der Mitglieder kann keinem Zweifel unterliegen, ihren Willen reißlos zur Geltung zu bringen, auch wenn er den bisherigen Leitungen nicht gefällt.

Es scheint aber, daß die Leitungen entschlossen sind, gewalttätig gegen jedes statutarische Recht und gegen die stets betonten demokratischen Prinzipien das

Recht der Mitglieder zu beugen. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes droht den Ortsvereinen, die die bisherigen Vertrauensmänner entfernt haben, mit der Auflösung und mit der Bildung von neuen Vereinen, die „nur diejenigen Mitglieder umfassen würden, die das Statut und die Verbandstagsbeschlüsse für sich als rechtsverbindlich anerkennen“. Ebenso sollen auch Mitglieder und Mitgliedergruppen, die gegen die Verbandstagsbeschlüsse verstoßen, ausgeschlossen werden.

Es ist klar, daß, wenn wirklich der Vorstand nach diesen Beschlüssen handeln würde, der Willkür Tür und Tor offen wäre. Der Vorstand würde dann ebenso viel Ortsvereine und so viel Mitglieder jeweils unter dem Vorwand der Statutenverletzung ausschließen, daß keine absolute Herrschaft über die Mitglieder völlig gesichert wäre. An Stelle des Rechts der Mitglieder, ihre Leitung zu bestimmen, würde die Leitung das Verhalten der Mitglieder vorschreiben. An Stelle der Demokratie würde die unbedingteste Diktatur der Leitung treten.

Aber nicht genug damit. Die Leitung des Bauarbeiterverbandes kann sich heute noch formell darauf berufen, daß die Majorität der Mitglieder hinter ihr steht. Das kann die Leitung des Metallarbeiterverbandes nicht mehr. Dieser hält Mitte Oktober in Kiel seine Generalversammlung ab, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die bisherige Opposition die Mehrheit erlangen wird. Das ist natürlich sowohl den alten Gewerkschaftsbeamten als den rechtsstehenden Parteiführern sehr unangenehm, und Herr Heilmann kündigt in seiner Korrespondenz bereits an, daß dies zur Spaltung der Gewerkschaften führen müsse. Die Herrschaften sind eben nur solange für die Einheit der Arbeiterbewegung, solange sich die Arbeiter ihrem Willen unterwerfen.

Als Vorwand scheinen die Herren Beschlüsse nehmen zu wollen, nach denen angeblich nur Unabhängige oder Kommunisten Vertrauensstellungen in den Gewerkschaften bekleiden dürfen. Dadurch würden die anderen zu Gewerkschaftsmitgliedern weiter Klasse degradiert werden. Die Berufung auf solche angeblichen Beschlüsse ist ganz hinfällig. Solcher Beschlüsse bedarf es gar nicht. Das Recht der Mitglieder, Männer ihres Vertrauens in die Leitung zu entsenden, Männer, die dieses Vertrauen eingebüßt haben, nicht wieder zu wählen, kann gar keiner Diktatur unterliegen. Es wäre ein Gewaltakt höchster Sorte, wenn die Gewerkschaftsleitungen dieses Recht der Mitglieder befehligen würden.

Aber daß ein solches Vorgehen einen brutalen Gewaltakt darstellen würde, würde natürlich die Herren keinen Moment abhalten, so zu verfahren. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich also auf schwere Kämpfe gefaßt machen, auf Kämpfe, die Konsequenz, Energie, unter Umständen aber auch einige Geduld erfordern werden.

Es ist kein Zufall, daß einige Gewerkschaftsleitungen den Moment zur Offensive für günstig halten. In manchen Gewerkschaftskreisen lassen sich Strömungen erkennen, die auf eine freiwillige Loslösung von den bisherigen Gewerkschaften abzielen. Es ist klar, daß das brutale Vorgehen der Leitungen diese Stimmung in manchen Arbeiterkreisen zu fördern geeignet ist. Und man tut den gerissenen Lakaien kein Unrecht, wenn man vermutet, daß das gerade die Absicht ist.

Denn es ist klar: je mehr gerade radikale Arbeiter die Reihen der Gewerkschaften verlassen, desto schwerer würde es, die Majorität in den Gewerkschaften zu erobern, desto sicherer würden die bisherigen Leitungen ihre Herrschaft behaupten. Je früher dieser Abspaltungsprozess erfolgt, bevor die oppositionelle Strömung in den Gewerkschaften noch die Oberhand gewonnen hat, desto größer die Aussichten der Leitung, ihre Herrschaft zu behaupten. Die Gewerkschaften sind seit der Revolution außerordentlich gewachsen, der Zufluß der Mitglieder ist ein dauernder. Daran würde auch die Loslösung radikaler Arbeiterschichten nichts wesentliches ändern; die Gewerkschaften blieben auch dann außerordentlich starke Machtpositionen. Es ist aber das wesentliche Interesse der revolutionären Arbeiterschaft, diese Machtpositionen selbst zu besitzen und sie nicht den Leitungen zu überlassen. Der Kampf um die Gewerkschafts-

posten und um die Führung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen kann nur innerhalb der Gewerkschaften ausgetragen werden. Nicht Zersplitterung, sondern Eroberung der Gewerkschaften durch die gleichbewußte Arbeiterschaft muß nach wie vor die Parole bleiben! Gewinnen wir die Massen der organisierten Arbeiterschaft für unsere Anschauungen, so werden keine Risiken und Lücken, keine Vergewaltigung und Statutenverletzungen die Leitungen auf die Dauer in ihren ergriffenen Positionen erhalten.

Der Wettlauf um die Diktatur.

Aus einem Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ in der heutigen Morgenausgabe erfährt man, daß von den Regierungsparteien die Aufrichtung der „Diktatur der Mitte“ in allem Ernst angestrebt wird. Man habe sich an einen bekannten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei gemeldet mit der Frage, ob er bereit sei, sich an einer diktatorischen Diktatur zu beteiligen, habe sich aber dort eine klare und unabweisende Absfuhr geholt. Der Artikel der „Deutschen Zeitung“ führt dann die Gründe an, die die Regierungsparteien zu diesem Vorgehen veranlassen. Unter Wirtschaftsleben sei vollkommen zerrüttet. Bei Eintritt des Winters sei das allerschlimmste zu befürchten. Die Industrie werde zum Stilllegen kommen, die Arbeitslosigkeit noch wachsen, die Lebensmittellieferung unter allen Umständen ins Stocken geraten. In diesem Augenblick würden zweifellos die „Spartakisten“ ihre Zeit gekommen glauben. Aus „sicheren Quellen“ sei bekannt, daß sie spätestens für Ende Oktober oder Anfang November den entscheidenden Schlag vorbereiten. Durch einen Eisenbahnaufruch wolle man die Kartoffelzufuhr lahmlegen, damit die Bevölkerung der Großstädte der Hungersnot ausgesetzt werde, um dann die spartakistische Kalediktatur zu errichten. Alles das sei den Mehrheitsparteien bekannt, und da sie mit den bisherigen Mitteln ihrer Regierungswirtschaft den völligen Zusammenbruch nicht verhindern könnten, so wolle sie außer gewöhnliche Maßnahmen anwenden. Diese Maßnahmen, die vor allen Dingen in dem Verbot von Streiks und dem Zwange zur Arbeit liegen, könne aber die Regierung auf geüblichem Wege kaum durchdrücken, und das sei der Grund, der sie mit dem Gedanken einer Diktatur der Mitte mielen lasse.

Das alldeutsche Blatt führt weiter aus, daß die Regierungspartei nicht mehr die Mehrheit im Lande hinter sich hätte und daß sei der Grund dafür, daß sie die Neuwahlen zum Reichstag immer weiter hinausschieben und die sie allem Anschein nach dazu bringen würden, die Nationalversammlung weiterhin zu verweigern. Deshalb müsse jeder Versuch dieser Partei, dem Lande ihre Diktatur aufzuzwingen zu wagen, zurückgewiesen werden. Vor allen Dingen könne nie und nimmer davon die Rede sein, daß Mitglieder der rechtsstehenden Parteien sich an einer solchen Diktatur beteiligen. Ein Baktieren mit den Novembermännern könne es nicht geben. Das alldeutsche Blatt kommt zu folgendem Schluss:

Wenn es überhaupt gelingen soll, die Ruhe und die Ordnung wiederherzustellen und noch im letzten Augenblick durch eine Steigerung der Kohlenförderung und durch Abwendung der Streikgefahr den ungehörigen Verlauf unseres Wirtschaftslebens für den Winter sicherzustellen, so kann das nur geschehen durch eine starke Regierung politisch unbefangener Männer, die unbedenklich um alle Parteifragen nur das eine Ziel im Auge haben: Ruhe, Ordnung und Arbeit! Daß diese Männer innerhalb der jetzigen Regierungsparteien sich nicht finden, heißt sehr. Aber sie werden sich im rechten Augenblick schon finden lassen.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß auch die Rechtsparteien eine Diktatur aufrichten wollen, nur soll die Diktatur von ihren Deuten ausgeübt werden. Die „rechten Männer“ stehen schon bereit, sie haben die betrieblige Macht hinter sich gebracht und glauben, daß sie damit „Ruhe und Ordnung“ herstellen können. Die Rechtsparteien lehnen also nicht etwa die Diktatur aus Prinzip ab, sondern sie sind nur mit den Regierungsparteien in einem Wettlauf um die Diktatur eingetreten.

Welche von diesen beiden Diktaturen mehr auszuführen wird, ist noch zweifelhaft, daß eine aber steht fest schon ist, daß der leidtragende Teil die arbeitende Bevölkerung sein soll.

Probleme der sozialistischen Politik in Frankreich.

Ende Oktober sollen in Frankreich die allgemeinen Neuwahlen zur Kammer stattfinden, und zwar nach einem Verhältniswahlrecht, das Koalitionen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten begünstigt. Die französische sozialistische Partei wird auf ihrem Kongress, der vom 11. bis 13. September in Paris tagen wird, auch zu dem Wohlstand Stellung nehmen. Wie der „Populaire“ mitteilt, hat die französische Mehrheit zu diesem Kongress einen Antrag eingereicht, in dem die Grundzüge für den Wahlkampf dargelegt werden. In dem Antrag heißt es:

„Zur Erfüllung der im gestellten Auftrag ruft der aufge-
weckten Bewegung alle Proletarier Frankreichs, Arbeiter und Bauern, zum Wahlkampf auf dem Boden des Klassenkampfes und für die Förderung ihrer Rechte gegen die herrschende Oligarchie.“

Seit Herstellung ihrer Einheit hat sich die sozialistische Partei immer der Wahlkämpfe bedient, nicht nur, um die Tore des bürgerlichen Parlaments zu sprengen und Vertreter der Arbeiterschaft einzulegen zu lassen, sondern auch, und vor allem als Mittel zur Propaganda, um ihr Programm zu verbreiten und die Massen für die revolutionäre Idee zu gewinnen.

Niemals hat die Partei gegen die bürgerliche Gesellschaft, deren Abschaffung sie verfolgt, eine solche Anklage richten können, wie sie heute sie zu erheben die Pflicht hat.

Den Ausbruch des Krieges, vorbereitet durch alle Anstalten und alle Fesseln der Chauvinisten und Eroberungs-lustigen Politik einer Bourgeoisie, die vor dem auf seine lauernden preußischen Militarismus alle Fehler des vorigen Kaiserreiches erneuert hat, — die ungeheure und unberechenbare Führung dieses Krieges, wobei mit einer verwerflichen Selbstfertigkeit das Blut der Söhne Frankreichs vergossen wurde, ohne daß man jemals die gebotenen Friedensmöglichkeiten zu ergreifen suchte; — den imperialistischen und un gerechten Friedensschluß, der ebenso wegen der Interessen wie gegen die Würde des Landes ist, und der durch die ähnliche Verletzung des Völkerrechts die Ursachen eines Konfliktes für morgen verneht, — die Verleugung der feierlichen Versprechungen, mit denen die Führer des Bourgeoisie dem französischen Volk als Belohnung für den Opfer einer internationalen Herrschaft der Ordnung und Gerechtigkeit zugesagt hatten und deren Paritätätät für heute zum Gebot wird; — die skandalöse Unterdrückung, die überall den Wächtern der Reaktion auf Kosten des republikanischen Frankreichs, dessen Soldaten und Finanzen zur Bekämpfung der proletarischen Revolutionen dienen müssen, gewährt wird; — die Politik der Produktion und der Lebensmittellieferung, die eine übermäßige Bereicherung einer Minderheit von Gewinnern beizugehen und mit dem finanziellen Zusammenbruch des Landes, eine allgemeine Teuerung zur Folge hat, die den Umfang einer öffentlichen Katastrophe nimmt; — die Unterdrückung jeder Freiheit während mehr als vier Jahren; — die Zensur und der Belagerungszustand, die jede Meinung neun Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes unterdrücken; — die Verleugung und Schwächung der Arbeiterorganisationen und der freidenkenden Männer; — das alles hat das französische Volk durch den Willen der bürgerlichen Klasse und seiner Regierung erdulden müssen.

Wegen all dieses muß die sozialistische Partei während der Wahlperiode den Protest der Arbeiter ausleben und für die gleichzeitige zur Lösung aller nationalen und internationalen Probleme ihre Entschlüsse formulieren.

In der großen Frage des Friedensvertrages und der allgemeinen Liquidation des Krieges hat die Partei auf ihrem letzten Parteitag (Conseil National) ihre Anschauung niedergelegt. Der Kongress bekräftigt die Resolution des Parteitag die, mit der Verwerfung des imperialistischen Vertrages, den die sozialistischen Deputierten in der Kammer zurückweisen sollen, abschließt.

Das Wahlprogramm, das für den bevorstehenden Kongress ausgearbeitet wurde und das die vorliegende Erklärung für die allgemeinen Grundzüge der Aktion ergänzt, hat für alle besonderen politischen, ökonomischen, finanziellen Fragen und

Aus dem Tagebuch eines Soldaten.

Von Karl Fischer.

10. Oktober 1917.

Fünf Uhr abends.

Die Dämmerung dämpft sich in hellen Farben des Himmels und die Finsternis fließt dünne, dunkle Fäden in das goldene Bespiel des Sonnenuntergangs. Die Trillerpfeife des Leutnants schrillt über den Exercierplatz.

Dienst und Drill dieses Tages sind zu Ende, große Stunden mit Gewehr, Kugelwischen und Helm sind heruntergequält.

Aus den Kolonnen gesunder Menschen auf dem Exercierplatz kommt es wie ein Aufatmen, wie ein letztes, kaum noch lebendiges Kuffauchen gegen Squalen, die grauam, groß und unüberwindlich sind.

Scharfe Kommandostimmen der Unteroffiziere, kalt und klar, schneiden die herbe Herbstluft.

„Stillgestand'n! Zu Bier's abwärts! Abteilung links! Schwert marsch!“

Und nach einer kurzen Pause plätscht der Leutnant hinterher: „Eugen!“

Ein matter Gesang müder Menschen, die von 5 Uhr 15 morgens bis jetzt nicht zur Besinnung und Bewußtsein ihrer selbst gekommen sind.

Nieder schallen und schweigen; Worte lauseln durch die Luft und sind wieder tot.

Aus der marschierenden Kolonne steigt der Gesang auf und hebt sich wieder und hält inne, und das ist, wie wenn seiner Rauch aus Schornsteinen sich hochredt und immer wieder vom Wind zerissen wird.

So geht es über den großen Platz und über das Städchen rauhe Landstraße, die in der Mitte lehmig ist. An den Festungswerten vorbei und durch Tore der Wälle, an denen frierende Soldaten ohne Mantel Wache stehen; die Knochen zusammengerissen, als der Leutnant sich nähert.

Jetzt der Kasernenhof und drinnen die Kasernen, alle die Stuben, voll von Flächen und dem Stöhnen von Menschen, die unschuldig leiden und in Ketten leben. Diese Wände sind wie gesättigt mit dem unendlichen Haß, den sie aufgesogen haben, und manchmal, wenn man dasht und die Gewalt des Schliffs eines am brutalsten gebeult und die ungeheure Last der unheimlichen Nacht Militarismus sich mit einer Wucht über einen ergießt hat, daß man vor Verzweiflung schier zu verenden ver-

meint, dann ist es, als ob es von diesen weiß gekleideten Wänden mit einemmal schreit, laut schreit: Schindungen, Verwünschungen, Wut einer ganzen Welt von Soldaten. —

Nur vor dem Kasernenhof kommt das Kommando: „Marschordnung!“

Waffen, Horden und Zigaretten verschwinden, das Gewehr liegt gerade und vorchristlich gelehrt auf der linken Schulter, Unteroffiziere gehen an den Gliedern entlang und greifen mit lauten Worten zu, daß der Gruppenabstand gemacht wird.

Endlich ist man vor dem hohen Ende der Kasernen, und oberhalb Kommandos, scharf, schneidend: „Stillgestand'n! Trete weg!“

Das Gewehr heruntergeissen von der Schulter, geht es mit der letzten Geschwindigkeit, die der malträtierte Körper noch gibt, in die Stuben. Hehend, hastend, um schnell noch einen Schluck Kaffee zu erwischen, ein Stück trockenes Kommissbrot herunterzuschlingen.

Kommt er das Gewehr aus dem Helm, Helm vom Kopf (Dunkelheit sagt der Soldat) und Tornhüter vom Hüden, dreht es auf dem langen Stiel:

„Rundtreten zur Parole!“

Die Hedmädchen aufgestellt, jeder schnell mit dem Finger prüfend, ob von der Hofarbe eine gerade Linie über der Seiten nach der Nase läuft, stürzt alles auf den Hof.

Unteroffiziere verteilten Briefe und Zeitungen, verstanden, wer Geld und Pakete erhalten hat, und alles dieses ist nachher von der Schreibrunde abgehoben.

„Achtung! Heinebel kommt! Stillgestand'n!“

Aus Menschen ist eine Mauer geworden, hart, steif, aber nicht halt vor der Feldwache prüfen stehen bleibt.

„Müht Euch!“

Der Heinebel beruht den Dienstplan für den nächsten Tag und wer auf Wache zieht und welche Unteroffiziere morgen das Kommando haben sollen, und zum Schluß der Befehl: Morgen werden die neu eingetretenen Mannschaften bereidigt und wann und wo und wer die Führung hat.

„Stillgestand'n! Trete weg!“

Jetzt ist es ganz finster.

Die Kasernen da weiter links, und die großen Räume ringsherum sind wie ein einziger großer und schwarzer Klumpen.

Die Soldaten, die die Reine lawn noch bewegen können und die, eine ganz überflüssige Robett bei jeder Parole, die

nur die Vorgesetzten interessiert, mit dabei sein und haben und stehen müssen, schliefen in die Stuben.

Die Wundstuppe wird geholt, und nach dem Offen wird genügt und gelächelt, gelächelt und geklopft. Und man ist es endlich Schluch mit der Kostur eines Tages.

Und um neun Uhr liegt alles in der „Hofstiege“, und mancher denkt: Nur noch ein Weichen warren, dann bin ich im Feld, bin ich frei, und eine Kugel kommt vielleicht und trifft mitten ins Herz hinein, so daß sich Leben ohne Zahl vom Menschen löst.

Schlafung!

20. Oktober 1917.

Fünf Uhr fünfzehn.

Auf dem Flur poltert es.

Der Unteroffizier vom Dienst geht von Stube zu Stube, schaltet das elektrische Licht ein und schreit:

„Aufheh! Alles gesund?“

Die Nacht ist gewichen, doch der Nebel nimmt allen Gegenständen ihre Gestalt, verhält die Fenstern und verhängt die Kunden, blenden Fenster der Welt.

Und der Nebel ist schön und zieht nicht fort, und die Sonne muß lange im Versteck sitzen und warten. Nach dem Nebel aber strahlt sie am so folger.

Im neun Uhr ist Vernehmung, um 7 Uhr 30 wird angetreten. (Die halbe Zeit des Lebens lecht der Soldat vergebens.) Um 8 Uhr 30 wird abmarschiert.

Maron ein uns alle unbekannter Sergeant von einem andern Bataillon, weil bei unserm Bataillon kein evangelischer Unteroffizier vorhanden war, geeignet zur Führung von evangelischen Rekruten. Denn das Verbrechen, kapitalistische Unteroffiziere mit evangelischen Planklassen in die evangelische Kirche marschieren zu lassen, bringt her Liebe, fromme Militarismus nicht fertig.

Durch ein Stille der Stubi geht es und am Wand der ein Schönheiten so reichen Absinnungen. Zwischen den beiden Werten löst der Strom machvoll vorwärts. Auf der andern Seite sind die Berge und auf den Bergen die Burgen.

Aber noch der Schinderei dieser Wochen sind die Sinne nicht steif und kumpf gegen alle Schönheiten und die Augen nicht blinden Fenstern, durch die die Heurindlichkeit der Natur einhundert hindurchfinden kann.

Mein Nebenmann im Stille, ein hübscher, in sich gefasster Mensch, Rauter — von Beruf, auf dem es immer wie ein

